



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 12. Dezember 2013

TOP 18: Landesweiter Schulentwicklungsplan (Drucksache 18/1349)

Martin Habersaat:

Die Schulträger ernst nehmen!

„Der Westen“ schrieb am 12. März 2013: „Das Tolle an ‚SimCity‘: Es bedarf keiner großen Einarbeitung, um ein kleines ansehnliches Städtchen in eine Landschaft nach Wahl zu zimmern. Die meisten Bedienelemente erklären sich von selbst. Möchte man jedoch nachhaltig Erfolg haben, wird's kompliziert.“ Sogar da. Dabei wäre es doch so toll: Die Bevölkerung gleichmäßig auf Planquadrate verteilt, Schulbauten als normierte Klötzchen. Nur wenn es so wäre, erklärten sich Antrag und Fristenvorstellungen der Piraten. Vielleicht noch ergänzt um die Vorstellung der CDU, die sich neben Indianern auch Häuptlinge wünscht, um die Vorgabe, an Gymnasien Plätze für 30 Prozent der GrundschülerInnen vorzuhalten.

Aber so einfach ist es nicht. Wir haben sehr unterschiedliche demographische Entwicklungen in den verschiedenen Teilen unseres Landes. Wir haben Schulträger mit eigenen Vorstellungen, die nicht landesseitig zu steuern sind. Und wir haben die Erkenntnis, dass Planwirtschaft selbst in der Theorie nur in hierarchisch aufgebauten Gesellschaften funktioniert, in der Praxis nicht einmal da.

Paragraph 51 des Schulgesetzes weist den Kreisen die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung zu; in Abstimmung mit den Schulträgern und kreisübergreifend. In der aktuellen Debatte um die Novelle des Schulgesetzes gab es keine Impulse, dies zu ändern. Was sollte man auch ändern? Die Kreise entmachten? Das Recht auf freie Schulwahl abschaffen? Deterministisches Chaos verbieten? Eher nicht.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Aber, adventlich versöhnlich, es gibt Möglichkeiten: Wir könne die Anregungen des Landkreistages über die Datenverarbeitung zur Schulentwicklungsplanung prüfen. Wir können die regionalen Schulentwicklungspläne bei landespolitischen Entscheidungen berücksichtigen. Wir können Ressortdenken im Denken überwinden. Wir können den Dialog moderieren, wie zuletzt erfolgreich bei Runden Tischen in Rendsburg, Neumünster oder Flensburg. Und wir können diese Diskussion konstruktiv im Bildungsausschuss fortsetzen, dann aber bitte über die Ebene wohlfeiler Oberstufen hinaus.

Vor allem aber müssen wir die Schulträger ernst nehmen.